

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbm d

## Inhalt

Karl Liedtke MdB mahnt  
Oppositionspolitiker,  
die Verfassung nicht in  
Mißkredit zu bringen.

Seite 1/2

Uwe Holtz MdB sieht die  
CDU/CSU gegenwärtig  
nicht in der Lage, im  
Nord-Süd-Dialog die In-  
teressen der Bundesre-  
publik zu vertreten.

Seite 3/4

Wolfgang Schwabe MdB  
regt an, daß US-Präsi-  
dent Carter vor dem  
Europa-Parlament spre-  
chen sollte.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölnener Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 181

21. September 1977

Finger weg von der Verfassung  
-----

Unausgelegene Pläne und Vorstellungen von Oppositions-  
politikern

Von Karl Liedtke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Während die verantwortlichen Politiker von SPD und FDP angesichts der noch immer ungeklärten Situation in der Auseinandersetzung mit den terroristischen Gewalttätern ihre disziplinierte und besonnene Haltung bewahren, werden von Oppositionspolitikern immer unausgelegenerere Pläne und Vorstellungen in die Öffentlichkeit gebracht. Dabei ist es bedrückend, in welcher leichtfertiger Weise die Opposition mit der Verfassung umgeht.

1974 schrieb der CDU-Politiker Alfred Dregger:

"Der Ausgangspunkt unserer Verfassungsbetrachtung ist das Bekenntnis, daß die freiheitlich demokratisch rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes die beste der deutschen Geschichte ist."

"Was aber immer wieder festgestellt werden muß, ist eine Art von schleichender Verfassungsbeugung. Durch immer und immer wiederkehrende Äußerungen oder Vorfälle werden be-

stimmte Normen unserer Verfassung mehr und mehr aufgeweicht; sie werden zunächst zur Diskussion und dann zur Disposition gestellt."

Was damals beklagt wurde, wird heute von der Opposition mit Eifer betrieben. Sie überbietet sich in Vorschlägen, die mit der geltenden Verfassung nicht vereinbar sind.

1/ Persönlichkeiten in der CSU und CDU fordern die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Das Grundgesetz sagt in Artikel 102 GG klar: "Die Todesstrafe ist abgeschafft."

Und die Begründung, die der SPD-Abgeordnete Wagner, der diesen Artikel 1949 beantragte, dazu damals gab, ist heute unverändert gültig:

"Man kann dem Staat nicht alle Rechte über den Menschen übertragen und sie dadurch heiligen. Es wird nicht besser, wenn der Staat einem Menschen das Leben nimmt, als wenn es der einzelne nimmt. Es ist, was es war: eine Barbarei. Glauben Sie etwa, daß Sie einen Verbrecher, der gewillt ist, ein Verbrechen zu begehen oder der es nach seiner Anlage begehen will und wird, durch die Todesstrafe abschrecken können? Das ist eine Meinung, die meines Erachtens einer eingehenden Prüfung in keiner Weise standhält. Ich behaupte aufgrund sehr eingehender kriminalpsychologischer Studien geradezu das Gegenteil, daß den wahren Verbrecher die Todesstrafe nicht nur nicht schreckt, sondern ihn geradezu anreizt."

2/ Der Generalsekretär der CDU schlägt vor, bei der Terroristenbekämpfung Bundeswehreinheiten einzusetzen.

Das Grundgesetz regelt in Artikel 87 a umfassend den Auftrag der Bundeswehr. Nach dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung ist der Rückgriff auf die Streitkräfte nur zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes zulässig und nur dann, wenn Polizei und Bundesgrenzschutz hierfür tatsächlich nicht mehr ausreichen.

Daß beide Tatbestände zur Zeit in keiner Weise erfüllt sind, bestreitet sicherlich auch die Opposition nicht. Warum setzt sie dann einen solchen Vorschlag in die Welt, den die Verfassung aus gutem Grunde nicht zugelassen hat?

3/ Die Opposition fordert schließlich die Sicherheitsverwehrung für Ersttäter in bestimmten Fällen. Auch hier muß man ernsthaft fragen, ob mit diesem Vorschlag nicht die von der Verfassung gesetzten Grenzen überschritten sind.

Herr Dr. Kohl hat gerade davor gewarnt, schnell und leichtfertig alle diejenigen der anti-demokratischen Gesinnung und des politischen Extremismus zu verdächtigen, die aus der Sorgen um unseren Staat entschlossen sind, alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und verfassungsmäßigen Mittel gegen den Terrorismus auszuschöpfen.

Wenn er diese Warnung ernst meint, sollte er dafür Sorge tragen, daß aus den Reihen seiner Fraktion und seiner Partei nicht ständig neue Vorschläge kommen, die von der Verfassung nicht zugelassen sind, und deren Diskussion daher die Verfassung in Mißkredit bringt.

(-/21.9.1977/va-he/ja)

Sonthofener Strategie auch in der Außenpolitik

---

Entwicklungspolitik ist für CDU/CSU innerparteilicher Machtkampf

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestag-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nachdem große Teile der CDU/CSU den ostpolitischen Kurs der Bundesregierung akzeptiert haben und der harte Kern um CSU-Chef Strauß nicht länger damit rechnen kann, Unterstützung für aufsehenerregende Kampagnen gegen die Ostpolitik zu finden, suchen die Anhänger der Sonthofener Strategie nach einem neuen außenpolitischen Betätigungsfeld, dem der Mechanismus erprobter Diffamierungskampagnen übergestülpt werden kann. Strauß und seine Freunde glauben, dieses Feld in der Entwicklungspolitik gefunden zu haben.

Aus der Sicht der CSU und ihrer Anhänger in der CDU bietet die Entwicklungspolitik ideale Möglichkeiten, die Bevölkerung zu verunsichern und diese Verunsicherung gegen die Bundesregierung auszunützen:

Dem geringen Informationsstand vieler Teile der Bevölkerung über die tatsächlichen Probleme der Entwicklungsländer stehen die objektiven Schwierigkeiten jeder Entwicklungspolitik gegenüber, Informationsbarrieren abzubauen und Vorurteile sowie Falschinformationen richtig zu stellen.

- In der Bevölkerung der Bundesrepublik besteht weitgehend ein starkes Defizit bei der Bewältigung rassischer Vorurteile. Die Tabuisierung der eigenen Vergangenheit verhindert das aktive Eintreten gegen Rassismus und für Rassenintegration.
- Die jahrzehntelange Selbstbeschränkung auf die Probleme des eigenen Landes hat einen Stau latenter Ängste (gelbe Gefahr, Bevölkerungsexplosion) erzeugt, der durch unver-

arbeitete neue Erfahrungen von der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Industrie und Entwicklungsländern (Ölkrise, Arbeitsplatz- und Rohstoffsicherung) verstärkt wird.

Die Opposition versucht, diese Bewußtseinslage mit dem in der Ostpolitik erprobten Arsenal an Argumentationsmustern gegen die Politik der Bundesregierung zu mobilisieren. Neu an dieser Methode ist lediglich die noch größere Grobschlächtigkeit, mit der Assoziationen suggeriert werden:

- Wenn Kommunisten schon gefährlich sind, sind schwarze Kommunisten erst recht gefährlich.
- Wenn Dirigismus und Planwirtschaft zum Verlust persönlicher Freiheit gehören, bedeutet eine von den Entwicklungsländern mitgestaltete Weltwirtschaftsordnung Chaos und die Herrschaft der Unfähigen.
- Wer sich davor retten will, der muß sich den wirklichen Führernaturen der Opposition anvertrauen.

Die liberalen Kräfte innerhalb der CDU haben dieser außenpolitischen Strategie nichts mehr entgegenzusetzen. Der CDU-Vorsitzende Kohl, der bislang nie die Führung in der Außenpolitik völlig beanspruchen konnte, ist dabei außenpolitisch völlig ins Abseits geraten.

Wie schon zuvor in der Frage der politischen Taktik gegenüber der FDP hat Strauß jetzt auch in der Außenpolitik die Grundsätze seiner Sonthofener Strategie für die gesamte CDU/CSU verbindlich gemacht. Entwicklungspolitik hat für die CDU/CSU damit nur noch Bedeutung für den innerparteilichen Machtkampf und die innenpolitische Auseinandersetzung. Die Opposition ist gegenwärtig nicht in der Lage, im Nord-Süd-Dialog die Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten.

(-/21.9.1977/li/ja)

Wenn Carter nach Europa kommt  
-----

Eine Rede des US-Präsidenten vor dem Europäischen Parlament ?

Von Wolfgang Schwabe MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Nach dem Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin in Washington wurde deutlich, daß mit einem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Europa im Frühjahr 1978 zu rechnen ist. Das erinnert an die Vorbereitungen und an die Programmgestaltung der früheren Besuche amerikanischer Präsidenten in unserem Land. Als der Besuch des Präsidenten Kennedy vorbereitet wurde, schien mir der Vorschlag günstig und angebracht, zur Unterstreichung der demokratisch-parlamentarischen Wirklichkeit in unserem Land den hohen Gast zu einer Rede im Deutschen Bundestag einzuladen. Es gab damals eine Reihe protokollarischer Schwierigkeiten, obwohl Bundespräsident Heuß zu einem früheren Zeitpunkt bereits vor dem amerikanischen Kongress, also der gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus, gesprochen hatte. Auch ein sehr europäisches Problem wurde zum Vorbehalt. General de Gaulle hatte bei seinem Besuch in Bonn nicht vor dem Parlament, sondern von der Rathaustrampe zum Volk von Bonn gesprochen. Es war gewiß eine Diskussion wert, ob ein solcher direkter Bezug zur Bevölkerung über oder unter der protokollarischen Bedeutung einer Parlamentsrede anzusiedeln sei.

Für den Besuch Kennedy's wurde dann in recht geeigneter Weise die Verbindung zum parlamentarischen Leben in Deutschland hergestellt. Die ursprünglich von der Steuben-Schurz-Gesellschaft vorbereitete Rede des US-Präsidenten im klassischen deutschen Parlamentsgebäude, der Paulskirche in Frankfurt, wurde protokollarisch durch entsprechende Abmachungen insoweit modifiziert, daß die Hälfte der Bundestagsabgeordneten dort zu Gast waren und daß der damalige Parlamentspräsident Gerstenmeier im Namen des deutschen Parlaments den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika begrüßte. Die Rede von Kennedy war außerordentlich eindrucksvoll. Wenn man in diesem Zusammenhang noch einmal den Vergleich zwischen einer Rede vor der Bevölkerung und vor dem Parlament ziehen will, sei freilich zugestanden, daß der publizistische Höhepunkt von Kennedy's Aufenthalt seine Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses war, in der die seit dieser Zeit klassischen Worte fielen: "Ich bin ein Berliner!"

Von Kennedy zu Nixon ist natürlich ein weiter Weg; gleichwohl habe ich mir damals unter Wahrung der gebotenen Diskretion als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des

Bundestages erlaubt, vorzuschlagen, daß der US-Präsident vor dem Bundestag sprechen sollte. Das Problem wurde insofern gelöst, indem man die schließlich erfolgte Zusage bewußt erst wenige Stunden vor dem Parlamentsbesuch Nixon's öffentlich bekanntgab; darum hatten nach damaliger Auskunft die für die Sicherheit zuständigen Stellen gebeten. Der Bundestag war voll besetzt. Die Rede war gut und die Resonanz ebenso. Man konnte abschließend feststellen, daß mit diesem Auftritt des amerikanischen Präsidenten einmal mehr nach draußen hin verdeutlicht wurde, daß die Bundesrepublik ein demokratisch-parlamentarischer Staat ist, der seine diesbezüglichen Probleme aus vergangenen Perioden überwunden hat.

Wenn für das Frühjahr 1978 nun der amerikanische Präsident Carter erwartet wird, dann drängen sich im Hinblick auf die inzwischen erfolgte Weiterentwicklung zwei Gedanken auf. Selbstverständlich wird Carter besonders herzlich in Berlin erwartet; die Bedeutung des Berlinbesuchs soll keineswegs geschmälert werden. Andererseits aber erscheint es angebracht, auch und gerade im jetzigen Zeitpunkt auf die Bedeutung des demokratisch-parlamentarischen und funktionierenden Systems in der Bundesrepublik durch eine Rede des amerikanischen Präsidenten vor dem Bundestag hinzuweisen.

Ein weiterer Gedanke freilich wäre, entsprechend der Entwicklung der letzten Jahre zu überlegen, ob Präsident Carter nicht vor dem parlamentarischen Gremium Europas, nämlich dem Parlament der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg oder Strassburg sprechen sollte. Die partnerschaftliche Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft zu den anderen Ländern und Gruppierungen spielt eine immer stärkere Rolle. Auch und gerade für diese Gemeinschaft bemühen sich alle Gutwilligen um eine Festigung der parlamentarischen Bedeutung. Dies könnte durch eine Rede des amerikanischen Präsidenten vor diesem Gremium auch weit nach draußen hin unterstrichen werden.

(-/21.9.1977/hi/ja)

+ + +